



30. Juli 2015

40 Jahre Helsinki-Abkommen: Keine Zeit für Feiern

S&D Fraktion im Europaparlament fordert eine Wiederbelebung des Helsinki-Prozesses

Vor 40 Jahren haben Männer und Frauen, die die Völker Europas sowie die USA und Kanada vertraten, beschlossen, dass nach einer Periode zunehmender Spannungen zwischen Ost und West die Zeit gekommen war, einen ernsten politischen Dialog aufzunehmen, um die Sicherheit, die wirtschaftliche Zusammenarbeit und die Menschenrechte europaweit zu fördern.

40 Jahre später steht Europa vor einer schweren Sicherheitskrise.

Die Hoffnung, dass Europa nach dem Fall der Berliner Mauer und der Bekräftigung der Helsinki-Prinzipien in der Charta von Paris eine längere Phase der demokratischen Entwicklung und intensiver Zusammenarbeit für eine gemeinsame Zukunft erleben würde, ist durch die zunehmenden Spannungen zwischen der EU und Russland aufgrund der Ukraine-Krise sowie durch den wachsenden Einfluss antidemokratischer Kräfte in ganz Europa zerschmettert worden.

Europas Sozialisten und Sozialdemokraten in der Regierung, in der Opposition und in den EU-Institutionen waren immer glasklar, damals wie heute. Wir werden uns allen Kräften innerhalb und außerhalb der Europäischen Union entgegenstellen, die die Grundwerte Freiheit und Toleranz untergraben. Im Fall der Ukraine lehnen wir die Annektierung der Krim ab und bekräftigen die entscheidende Bedeutung der vollständigen Umsetzung und Achtung der Vereinbarung von Minsk durch alle Seiten mit dem Ziel, eine endgültige politische Lösung zu erreichen, um Frieden und Stabilität in der Ukraine wiederherzustellen und damit die Sanktionen aufheben zu können.

In den frühen Siebzigern spielten Sozialdemokraten wie Willy Brandt und Olaf Palme eine führende Rolle bei der Gestaltung der Sicherheitsarchitektur der Helsinki-Abkommen auf der Grundlage des Konzepts der gemeinsamen Sicherheit. Diese Initiative war ein Anstoß für eine Wende hin zu Frieden, Stabilität, Abbau von Spannungen, demokratische Entwicklung und Achtung der Menschenrechte. Im Sinne dieser Staatsmänner erklärt die Sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament, dass die Zeit gekommen ist, um eine dauerhafte Spaltung Europas zu vermeiden und den Helsinki-Prozess wiederzubeleben, indem die Widersacher erneut an einem Tisch zusammengebracht werden. Wir fordern einen europaweiten Dialog, um die früheren Verpflichtungen in Bezug auf die drei Helsinki-

Prioritäten zu überprüfen: europäische Sicherheit, Aufbau wirtschaftlicher Beziehungen und Förderung der Menschenrechte. In diesem Rahmen sollten auch dringende Themen wie Energieversorgung und -bedarf diskutiert werden.

Dieser erneuerte Dialog im Helsinki-Prozess sollte die gegenwärtige Lage in Europa mit dem Ziel überprüfen, solide politische Beziehungen wiederherzustellen, und dabei die uneingeschränkte Einhaltung des Völkerrechts und der Verpflichtungen sicherstellen, die in der Schlussakte von Helsinki festgelegt sind, auf der Grundlage der Achtung der Menschenrechte, der Minderheitenrechte und der Grundfreiheiten, der Unabhängigkeit, der Souveränität und der territorialen Integrität der Staaten, der Unverletzbarkeit der Grenzen, der Gleichberechtigung und der friedlichen Lösung von Konflikten. Wir wollen die Rolle der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) wiederbeleben.

Wir sind jetzt in einer Situation, wo die politischen und diplomatischen Kontakte, aber auch die persönlichen Kontakte zwischen den Menschen auf ein Mindestmaß zurückgegangen sind. Die Sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament schlägt die folgenden drei konkreten Schritte vor:

1 Die EU sollte zu den Bemühungen um eine Intensivierung der Zusammenarbeit und der Vertrauensbildung beitragen, indem sie durch Visaerleichterungen und die Liberalisierung der Visabestimmungen den freien Personenverkehr in ganz Europa fördert.

2 Kurzfristig fordern wir die Europäische Union und Russland auf, als einen ersten entgegenkommenden Schritt und zur Förderung des Dialogs alle Parlamentarier aus ihren Sanktionslisten zu streichen.

3 Wir fordern die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten auf, ihr ganzes Gewicht in die Waagschale zu werfen für die Initiative, alle Länder und Nachfolgestaaten, die vor 40 Jahren die Helsinki-Akte unterzeichnet haben, zusammenzubringen, um die Wiederaufnahme des Dialogs auf der höchstmöglichen Ebene im Rahmen der OSZE bis spätestens 2016 vorzubereiten. Zur Vorbereitung dieses OSZE-Gipfels sollte eine „Ständige Konferenz“ eingerichtet werden.

Am 17. November wird die S&D Fraktion eine hochrangige Konferenz zum Thema 40 Jahre Helsinki veranstalten. Im Vorfeld sind Besuche in Moskau und Washington geplant.